

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 16

Artikel: Martin Niemöller : ein politisches Wort zu einer kirchlichen Frage
[Schluss]
Autor: Schmidt, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335145>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

recht gesagt, daß vor Kant alle Vernunftkenntnis im Grunde ein Philosophieren ins Blaue hinein gewesen sei; nun, das gleiche läßt sich für Marx in bezug auf die Kräfte behaupten, die die geschichtlichen Bewegungen der Menschheit herbeiführen. «Man hatte auf diesem Gebiet» — wir zitieren den großen sozialistischen Theoretiker Georg Plechanow — «nur einige mehr oder weniger wahre, mehr oder weniger scharfsinnige Teilbeobachtungen gemacht, darunter einige sehr wahre und scharfsinnige, aber immer unzusammenhängende und Teilbeobachtungen.» Marx aber wäre nicht vorhanden ohne Hegel, der dem historischen Geschehen zuerst die systematische Entfaltung und Verknüpfung der Tatsachen sowie die immanente Dynamik abgelauscht hat. Und wenn auch inzwischen die Einseitigkeiten des historischen Materialismus durch die Erkenntnis eines Pluralismus der Geschichtskräfte abgeschliffen worden sind, so ist doch das ökonomische Moment in einer Epoche des Kapitalismus das übertragende. Nicht immer war es so, und vor allem wird es nicht immer so sein. Gerade als Konsequenz der Lehre von Marx dürfen wir die Prognose wagen, daß in einer Zeit, da der arbeitende Mensch befreit ist, sein geistiges Wesen so erobernd auftreten wird, daß es nun die Szene des universalgeschichtlichen Lebens beherrscht.

Martin Niemöller

Ein politisches Wort zu einer kirchlichen Frage

Von Franz Schmidt

(Schluß)

Die Bekenntniskirche und der Staat

Der Kampf der Bekenntniskirche richtete sich nicht gegen den totalitären nationalsozialistischen Gewaltstaat; er richtete sich lediglich gegen die Übergriffe des Staates auf die Kirche. Am Beispiel der Juden: Die Bekenntniskirche kämpfte nicht gegen die Judenverfolgungen, sie kämpfte nur gegen die Anwendung des «Arierparagraphen» in der evangelischen Kirche (das heißt gegen die Verfolgung von Evangelischen, die jüdischer Abstammung sind). Man muß das sehr deutlich sagen, weil immer wieder das Gegenteil behauptet wird. So von Stückelberger, der erklärt, die Bekenntniskirche habe die Sache der Juden zu der ihren gemacht; das stimmt eben nicht, sie hat — von Einzelhandlungen ihrer Anhänger abgesehen — nur die evangelisch getauften Juden gegen die nazistische Verfolgung zu schützen sich bemüht.

Wie wenig die Bekenntniskirche gesonnen war, das nationalsozialistische staatliche Machtgefüge an sich anzugreifen, geht aus Beschlüssen der evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover hervor, welche am 17. Oktober 1934 erklärte:

«Wir können als Vertreter der Kirche unserem Volke und seinem Führer keinen besseren und auf die Dauer wirksameren Dienst leisten als den, daß wir mit Einsatz unserer ganzen Person daran mitarbeiten, daß aus der Kirche alles,

was ihrem eigentlichen, von Gott bestimmten Wesen fremd ist, ausgeschieden und von ihr ferngehalten wird.»

Hier ist ausdrücklich davon die Rede, daß die Kirche Hitler dienen wolle; sie verteidigte ihre Haltung gegenüber den «Deutschen Christen» mit dem Argument, diese Haltung diene doch den Zielen des Nationalsozialismus. — Im März 1935 tagte in Berlin-Dahlem die Bekenntnissynode der Altpreußischen Union und faßte eine sehr scharfe Resolution, ein «Wort an die Gemeinden», gegen die «Deutschen Christen», in der es hieß:

«Wer Blut, Rasse und Volkstum an Stelle Gottes zum Schöpfer und Herrn der staatlichen Autorität macht, untergräbt den Staat.»

Es ist klar, daß diese Worte auch als gegen die nationalsozialistische Bewegung gerichtet aufgefaßt werden konnten. Was zur Folge hatte, daß Bischof Marahrens und Präses Koch dem Reichsminister erklärten, daß das «Wort an die Gemeinden» nicht gegen die — nazistische! — Obrigkeit gerichtet sei, sondern lediglich gegen das Neuheidentum. Die Verfolgung von Pfarrern, welche dieses «Wort an die Gemeinden» verlesen hatten, hörte denn auch bald auf, und sie wurden aus der Haft entlassen.

Im Jahre 1935 tagte die Reichstagung der Bekenntnissynode in Augsburg. Auch sie beschloß ein «Wort an die Gemeinden», und in ihm stand echt lutherisch-orthodox die folgende Aufforderung zur Unterwerfung unter den nationalsozialistischen Staat:

«Die Obrigkeit hat ihre Gewalt von Gott. Nach Gottes Gebot ist ihr der Christ untertan. Der Gehorsam gegen die Obrigkeit findet seine Grenzen dort, wo der Christ durch diesen Gehorsam zur Sünde wider Gottes Gebot gezwungen würde. Wo das Zeugnis, von dem die Christenheit nicht lassen darf, gehindert oder verboten wird, da ist es Pflicht gegen Gott, ohne Menschenfurcht im Handeln und im Leiden die Gnade und Herrlichkeit Jesu Christi jedermann zu bezeugen. Laßt euch auch durch Bedrückung oder Verfolgung nicht beirren, der Obrigkeit in Ehrerbietung untertan zu sein! Bleibt gehorsam gegenüber den Herren, die euch gesetzt sind! Laßt euch nicht verbittern! Bleibt in der rechten Liebe zu unserem Volk! Ehret die Gabe Gottes, die wir in unserem Volke empfangen haben! Seid unermüdlich im Dienen! *Tut Fürbitte für Volk und Obrigkeit!*»

Damit nun ja nicht irgend jemand diese Sätze, die doch sicher jedem festen Christen als ein Greuel in den Ohren klingen müssen, als aus dem Zusammenhang gerissen betrachten möge, erinnern wir an den oft zitierten Artikel des Herrn Professor Dr. Karl Barth in der «Nation» (März 1936), in welchem stand:

«Die bekennende Kirche ist bis jetzt nicht dazu übergegangen, den nationalsozialistischen Staat auch auf den andern Feldern seiner Betätigung, etwa hinsichtlich der Judenverfolgungen, oder des 30. Juni 1934, oder der Konzentrationslager, etwa hinsichtlich der systematischen Lüge, mit der seine Presse das ganze deutsche Leben vergiftet, vor ihren Widerspruch zu stellen und zur Rechenschaft zu ziehen. Die bekennende Kirche hat sich bis jetzt im ganzen in der Tat mit dem Kampf um ihre eigene Reinheit und Freiheit begnügt. Das ist ihre Schranke und ihre Schwäche.»

Nicht allein «ihre Schwäche», ihre *Schuld* vielmehr, ihr großer Abfall! Denn der Kampf, den die Bekenntniskirche um ihre Selbständigkeit

führte, war kein im Namen der menschlichen und christlichen Freiheit geführter Kampf. Der Kampf der Bekenntniskirchenleute, von denen im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Staat Martin Niemöller durch seine Berliner Predigten der populärste geworden ist, war der Kampf orthodoxer, kirchlich autoritär denkender Männer. So sehr sie dem Staat das autoritäre Regieren zubilligten, so entschieden forderten sie dieses Recht autoritären Regierens in der Kirche für *sich*. Karl Barth selbst hat das ausgesprochen, als der Reformierte Bund in Detmold am 29. und 30. November 1934 eine sehr verklausulierte Erklärung abgegeben hatte, in der es unter anderem hieß:

«Wir halten es um der Arbeitsfähigkeit des Moderamens willen für nötig, daß ihm nur solche Männer angehören, die diese Beschlüsse billigen und durchzuführen bereit sind.»

Barth kommentierte dazu:

«Wenn wir kirchlich handeln wollen, brauchen wir ein einheitliches kirchliches Moderamen. In der Kirche darf es nicht parlamentarisch zugehen. In der Kirche Christi ist die Existenz von Parteien eine Unmöglichkeit.»

Aus diesem Grunde kam denn die Bekenntniskirche in große Schwierigkeiten, als im Jahre 1937 Hitler persönlich in den Kirchenkampf eingriff und entgegen einer vorherigen Verfügung Reichsminister Kerrls einen Erlaß über die Wahl einer evangelischen Reichssynode erließ. Nach den Leitsätzen für diese Wahl sollten sich die Wähler und die zu Wählenden einschreiben und eine Erklärung über ihre Stellung zur Kirche abgeben. Der nationalsozialistische Einheitsstaat, der in seinen Grenzen nur eine Partei duldete, erkannte damit innerhalb der Kirche verschiedene Parteien an und war geneigt, sie «in demokratischer Weise» abstimmen zu lassen. Die Bruderräte der bekennenden Kirche dagegen wollten nur diejenigen als wahlberechtigt gelten lassen, die wirklich auf dem Boden des Bekenntnisses standen; «Bekenntnis» bedeutet da: auf dem Boden der Synoden von Wuppertal-Barmen und Berlin-Dahlem. «Diese Männer», schreibt Rudolf Grob (Seite 99), «die politisch *nichts weniger als Demokraten*, sondern treue Untertanen ihrer Obrigkeit sein wollten, fragten sich mit wachsendem Grauen, warum wohl die autoritäre Staatsmacht der Kirche das demokratische Wahlrecht aufhalsen wolle.»

Gewiß sind im Laufe der Auseinandersetzung zwischen Bekenntniskirche und nationalsozialistischem Staat der Kirche schwere Leiden auferlegt worden. Groß ist die Zahl der Pfarrer, die vorübergehend in Gefängnissen waren oder in Konzentrationslagern zugrunde gingen. Nie aber haben diese Männer für das gekämpft, was wir in der Schweiz unter persönlicher Freiheit, unter Gewissensfreiheit, unter Konfessionsfreiheit verstehen. Diese Begriffe waren ihnen fremd, und sie hatten nichts mit ihnen zu tun. — Gewiß haben viele Anhänger und Pfarrer der Bekenntniskirche Opfern des Nationalsozialismus geholfen, haben Juden verstecken helfen und Kinder gerettet. Nie aber war das Wirken der Bekenntniskirche als Ganzes auf die Befreiung Deutschlands vom nationalsozialistischen Regime gerichtet.

Wer immer die Schlaueit wagen wollte, zu sagen, in dem Kampf um «Bekenntnis», Dogma, um die Souveränität der bekennenden Kirche in

den Jahren 1933 bis 1938 sei der Kampf gegen den nationalsozialistischen Staat ohne weiteres eingeschlossen, irrte sich sehr. Nicht nur waren die Führer der Bekenntniskirche — wie Martin Niemöller — Gegner der Demokratie und des Sozialismus, sie haben überdies die ganze unchristliche Aufrüstung und den ganzen unmenschlichen Imperialismus, den das Naziregime mit sich brachte, bejaht. So unbedingt bejaht, wie das Martin Niemöller in seinem Neapeler Interview (Juni 1945) zum Ausdruck gebracht hat:

«Meine Seele gehört Gott, aber die Pflicht meinem Vaterland gegenüber muß ich erfüllen, gleichgültig ob es sich im Recht oder Unrecht befindet. Alle meine Söhne gingen zur Front.»

Wenn Hans Martin Stückelberger in seiner im Jahre 1945 erschienenen Verteidigung Niemöllers erklärt, «die populäre Furcht und Ablehnung aller Dogmatik habe sich bitter gerächt», weil die einfachen deutschen Kirchenleute in den dogmatischen Formulierungen nicht die Aufforderung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus erkannt hätten, dann ist das demnach grundfalsch: sie konnten so etwas nicht erkennen, denn zu radikal und gewissenlos hatten Leute wie Niemöller die Demokratie bekämpft. Daß sie das getan hatten, das wußte nun der deutsche Protestant, denn man hatte es ihm nicht etwa nur dogmatisch verkleidet mitgeteilt, sondern sehr populär, beispielsweise in Niemöllers Buch «Vom U-Boot zur Kanzel». Wie Hans Martin Stückelberger da argumentiert hat, das kann nun ohne Übertreibung den schlimmsten Auswüchsen der deutschen protestantischen Orthodoxie gleichgesetzt werden, und schwer fällt es einem, nicht zu sagen, daß in einer solchen Argumentation eine nicht zu überbietende und unchristliche Mißachtung aller einfachen und nichtintellektuellen Menschen liegt.

Niemöllers Leiden

Karl Barth hat die deutsche Bekenntniskirche im Jahre 1937 verlassen und ist als Theologieprofessor an die Basler Universität übergesiedelt. Sozialdemokraten waren es, die sich sehr viel darauf zugute getan haben, Barth nach Basel berufen zu haben; ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig richtig man den Kampf der Bekenntniskirche in der Schweiz einzuschätzen vermochte, ein Zeichen auch dafür, wie sehr damals schon die Propaganda gewisser schweizerischer Kreise für die Bekenntniskirche gewirkt hatte. Barth verließ Deutschland nach einer Auseinandersetzung mit dem Staat, einer Auseinandersetzung, welche die gleiche Frage betraf, die den Konflikt der Bekenntniskirche mit dem Staat überhaupt erfüllte: die Einmischung des Staates in die Lehrtätigkeit des Bonner Professors. Barth wäre bereit gewesen, in Deutschland zu bleiben und den Dienst zu leisten, wenn man ihm zugebilligt hätte, daß er ihn unter dem persönlichen Vorbehalt leistete: «... soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann.» Auf einen solchen Paktvorschlag ist der nationalsozialistische Staat nicht eingegangen. Barth wurde wegen Ungehorsams eingeklagt, vom Landgericht Berlin allerdings freigesprochen, danach jedoch von Kultusminister Rust als untragbar entlassen, obwohl die Be-

kenntniskirche den Amtseid unterdessen so interpretiert hatte, daß Barth allenfalls auch ohne Vorbehalt hätte schwören können. So kam er nach der Schweiz zurück!

Martin Niemöller wurde nach vier Jahren Pfarrertätigkeit innerhalb der Bekenntniskirche im Sommer des Jahres 1937 verhaftet. Seine letzte Predigt, 27. Juli 1937, war ein Protest gegen Eingriffe der Geheimen Staatspolizei in die protestantische Kirche; er protestierte dagegen, daß im Altarraum einer Kirche acht Mitglieder des Reichsbruderrates verhaftet worden seien, daß in Saarbrücken sechs Frauen und ein Vertrauensmann der evangelischen Gemeinde verhaftet worden seien, daß er selbst an einem Abendmahlgottesdienst nichts neben sich gehabt habe als drei junge Gestapoleute, die die Gemeinde auskundschaften wollten, daß in der Berliner Annenkirche Pastor Müller mit 47 andern christlichen Brüdern und Schwestern verhaftet worden sei, usw. Die Predigt enthält nichts anderes als das, was die ganze Verkündigung der Bekenntniskirche vorher schon bedeutete; sie war kein Appell an die Gewissen, sich zu erheben gegen die Frevel der Zeit, sie war lediglich eine Abwehr von Übergriffen des Staates auf die Kirche.

Niemöller war im Gefängnis und im Konzentrationslager. Zu Beginn des Jahres 1941 kam die Meldung, er sei zum Katholizismus übergetreten. Die Meldung wurde später dementiert, und zwar am eingehendsten durch einen Berliner Mitarbeiter der Basler «National-Zeitung». In dem Bericht hieß es:

«Wesentlich ist das, was mir Frau Niemöller über das Verhalten ihres Mannes gesagt hat. Sie wohnt mit ihren Kindern immer noch — wie zur Zeit der Amtstätigkeit ihres Mannes — im Pfarrhaus an der Cäcilienallee in Berlin-Dahlem, unweit vom Berichterstatter. Sie war am 6. Februar bei ihrem Gatten im Konzentrationslager und erklärte, daß er sich gesundheitlich in guter Verfassung befinde und Gelegenheit habe, fachliche Studien zu betreiben. Auf meine direkte Frage nach dem Glaubenswechsel antwortete Frau Niemöller: ‚Mein Mann hat kein Gesuch um Aufnahme in die katholische Kirche gestellt, es ist absolut nichts nach dieser Richtung hin geschehen. Dagegen ist mein Mann seit längerer Zeit mit vergleichenden Studien über die evangelischen und katholischen Glaubenslehren beschäftigt.‘ Auf meine weitere Frage, ob diese Studien vielleicht doch zu einem Übertritt führen könnten, erklärte Frau Niemöller: ‚Ich glaube nicht, daß mein Mann einen solchen Entschluß gefaßt hat; außerdem kommt er mit keinem katholischen Geistlichen zusammen; er könnte solche Fragen also auch nicht mit ihm besprechen. Im übrigen weiß man von vorneherein nie, was bei solchen Studien herauskommt; ich glaube jedoch, wie gesagt, nicht an einen Übertritt.‘»

Der Leser beachte wohl, daß Niemöller offenbar — andere Berichte haben das bestätigt — nicht wie andere im Konzentrationslager steckte: unter Hunger, Zwangsarbeit, seelischer und körperlicher Verfolgung. Er konnte die Besuche der Seinen empfangen, hatte Literatur bei sich, konnte seinen Studien obliegen. Wenn darum die Verfolgung, die er erlitt, in der Literatur derer, die ihn verteidigen, gleichgesetzt wird mit der Verfolgung, die man andern Konzentrationslagerinsassen angedeihen ließ, Kommunisten, Sozialisten, Juden, so ist das eine glatte Fälschung. Niemöller ist denn auch heil aus dem Konzentrationslager befreit worden.

Er ist keines der Millionen Opfer der sadistischen nationalsozialistischen Zerstörungseinrichtung geworden. Das hindert natürlich nicht, daß den Sozialisten, welche sich kritisch mit Niemöller befaßten, wiederholt entgegengehalten wurde: ihre Partei hätte doch nicht die Blutopfer gebracht, welche die deutsche Bekenntniskirche gebracht habe. Man würde sich wundern, wüßte man, daß selbst schweizerische Protestanten so argumentiert haben, denen das ganze Schweizervolk um ihrer charitativen Tätigkeit willen hohe Achtung zollt. Öffentlich haben dieses Argument Hans Martin Stüchelberger im «St. Galler Tagblatt» vom 9. Juni 1945 in einer Polemik gegen die «Volksstimme» und Karl Barth im Vorwort zu seinem Buch «Eine Schweizer Stimme» (1945) verwendet.

Der deutsche Sozialismus hat dem faschistischen Regime seine Blutopfer zum großen Teil früher gebracht als die Bekenntniskirche. Seine entschiedensten Vertreter wurden früher vernichtet, seine illegalen Kämpfer wurden, ohne daß in der Weltöffentlichkeit von ihnen geredet worden wäre, zerstört. Wir sagen das nicht, um mit unserer Sache zu prahlen; wir sagen es zu Ehren der ungezählten Opfer, welche durch die bekenntniskirchliche Propaganda in so schmählicher Weise abgetan werden. Wenn die Bekenntniskirche länger offen ihren Kampf führten konnte, so deshalb, weil sie ihn *nicht* gegen den Nationalsozialismus an sich führte und weil das nationalsozialistische Regime in den Bekenntniskirchenpfarrern doch meist gute Nationalsozialisten erblicken konnte. Wäre es anders gewesen, dann hätte wohl *früher* schon niemand mehr vom Kampf der deutschen Bekenntniskirche sprechen können, weil es ihn offen eben auch nicht mehr gegeben hätte!

Es ist namentlich aus den späteren Jahren durch die bekenntniskirchliche Propaganda in der Schweiz bekanntgegeben worden, daß von seiten der Bekenntniskirche ein illegaler Widerstand gegen das Naziregime geleistet wurde. Dazu ist — wir sprechen hier auf Grund genauester und direkter Informationen — folgendes zu sagen: Dieser Kampf um die Rettung von Menschen, die durch den nazistischen Terror bedroht waren, von Juden und jüdischen Kindern, wurde nicht von der Bekenntniskirche allein geführt, sondern von ihr zusammen mit andern Widerstandsbewegungen, so der sozialistischen, kommunistischen, in Bayern vornehmlich auch der katholischen. Zweitens: Es war nicht die Bekenntniskirche als solche, die diesen Kampf geführt hat, sondern es waren einzelne Gemeinden der Bekenntniskirche, die besonders mutige Pfarrer hatten, es waren einzelne Kirchenglieder, die den Mut zum Widerstand gefunden hatten. Drittens: Es bestand zwischen all den Gruppen, die diesen Kampf führten, eine große und schöne Kampfbruderschaft, keinerlei Konkurrenzneid und Führungsanspruch, und wahrscheinlich würden sich alle diejenigen deutschen Protestanten, die diesen illegalen Kampf geführt haben, dafür bedanken, daß ihre Tätigkeit in der Schweiz gegen die sozialistische Bewegung in der Illegalität ausgespielt wird.

Nun sind wir weit davon entfernt, die Leiden Niemöllers und seiner Glaubensbrüder herabmindern zu wollen, und wie vor jedem Leid, das der Faschismus über Menschen gebracht hat, verneigen wir uns auch vor diesem in Ehrfurcht. Ablehnen aber müssen wir den Versuch, mit diesen

Leiden jenen Kampf um Demokratie und Freiheit, den der *Sozialismus* geführt hat, verächtlich zu machen!

Was die Meldungen über die Beziehungen Niemöllers zum Katholizismus anbetrifft, so sind auch sie nicht unbegründet; nicht nur deshalb, weil die protestantische Orthodöxie ein ähnliches kirchlich-autoritäres System darstellt wie der Katholizismus. Es kommt dazu, daß der ganze Kampf der Bekenntniskirche eigentlich nur dem einen Ziel galt, der protestantischen Kirche in Deutschland eine ähnliche Stellung zu verschaffen, wie sie der Katholizismus inne hatte: ein Staat im Staate sein zu können. Niemöller mußte in seiner Konzentrationslagerzeit wohl erkennen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, weil aus einer protestantischen Kirche, selbst wenn sie so lutherisch ausgerichtet ist wie die deutsche, nicht ein so fest hierarchisch geführtes Gebäude gemacht werden kann, wie die katholische Kirche mit ihrem unfehlbaren obersten Führer es darstellt. Und *das* mag ihn am Katholizismus fasziniert haben.

Noch auf andere Weise suchte Niemöller wieder ins Leben treten zu können. Es wird heute nicht mehr bestritten, daß er im Jahre 1939 an Großadmiral Raeder das Gesuch gestellt hat, als U-Boot-Kommandant wieder in den Dienst der Marine treten zu können. Der nationalsozialistische Staat, der das Volk nach wehrfähigen Männern ausgekämmt hat wie kein anderer, hat Niemöllers Gesuch abgewiesen. Das war um so härter, als der Prozeß gegen Niemöller nach jahrelanger Gefängnishaft den Angeklagten freigesprochen und bestätigt hatte, «daß in seinem Tun nichts Unehrenhaftes und nichts gegen das Interesse des deutschen Staates Gerichtetes» lag. Wer sich dies Urteil vergegenwärtigt, muß sich doch über die Stellung Niemöllers zum Nationalsozialismus klar werden: der Nazistaat strafte in ihm einen unbotmäßigen Parteigenossen, nicht aber einen Gegner; er strafte ihn härter als manchen Gegner, denn er nahm von ihm nicht einmal das Opfer des Kriegsdienstes an!

Das Bekenntnis

Im gewöhnlichen Sprachgebrauch bedeutet das Wort «Bekenntnis» etwas sehr Schönes: den Ausdruck eines Glaubens, einer Überzeugung, einer geistigen Haltung. In der theologischen Diskussion aber geht es beim «Bekenntnis» um etwas anderes: um die Zustimmung zu bestimmten Glaubenssätzen und theologischen Formulierungen. Der Kampf um *diese* «Bekenntnisse» ist in der Kirchengeschichte in der Regel ein Kampf um die Herrschaft bestimmter kirchlicher Parteien.

Das möge sich der Leser vor Augen halten, wenn wir an dieser Stelle noch nach der Rolle des «Bekenntnisses» im deutschen Kirchenkampf fragen. Wir müssen es, weil auch im schweizerischen Protestantismus in den letzten Jahren Bestrebungen vorhanden waren, die nach einem Bekenntniszwang gingen und Lieder und kirchliche Lithurgien im Geiste des Apostolikums anstrebten. Der schweizerische Protestantismus zeichnete sich bisher dadurch aus, daß er den Bekenntniszwang überwunden hat und damit versucht hat, die Gebote Christi an Stelle der kirchlichen Bekenntnisse zu setzen. Diese Entwicklung wieder umzukehren, einen

alten Zustand wieder einzusetzen, konnte nur den Sinn haben, Andersdenkende auszuschalten, einer Richtung die absolute Herrschaft in der Kirche zu erobern; dies Streben lief letztlich darauf hinaus, den schweizerischen Protestantismus dem deutschen, autoritär-orthodoxen anzunähern.

Noch im Jahre 1935 hat Karl Barth sein Buch «Credo» den deutschen Pastoren Hans Asmussen, Karl Immer, Martin Niemöller, Heinrich Vogel «im Gedenken an alle, die standen, stehen und stehen werden», gewidmet. Hans Asmussen hatte ein Buch geschrieben über «Politik und Christentum», welches den deutschen Protestanten die Göttlichkeit des nationalsozialistischen Aufstieges plausibel machte; unter anderm mit folgenden Worten:

«Denn auch in der Innenpolitik spielt die Macht als Quelle des Rechtes eine entscheidende Rolle. Alle Revolutionen beruhen letztlich auf dieser Tatsache, daß Macht Recht schafft. Ist eine revolutionäre Bewegung stark genug, so daß sie alle Widerstände beseitigen kann, dann werden die Führer der Bewegung Staatenlenker. Ist sie nicht stark genug, dann werden ihre Führer Verbrecher. Der Erfolg macht aus einem gewöhnlichen Menschen, abgesehen von seinen Fähigkeiten, einen geehrten, gesetzeschaffenden Staatsmann. Der Mißerfolg setzt ihn ins Unrecht, so daß er Freiheit und Leben verwirkt. Wer nicht nüchtern diesen Tatbestand anerkennt, der wird auch weltenfremd in dem Kampfe der Parteien stehen. Wenn Hitler von der Sieben-Mann-Gruppe zur Millionenbewegung gekommen ist, so erwirbt er sich damit tatsächlich ein Recht. Denn die Sprache der Macht, die in den seltensten Fällen die Sprache des Sinnes ist, läßt sich auf dieser Erde nicht überhören. Das darf man desto weniger übersehen, weil sich in allen Machtverhältnissen ein Stück göttlichen Schaffens auswirkt. Es ist ein Irrtum, der die verhängnisvollsten Folgen nach sich zieht, wenn man Gottes schaffendes Handeln in einer sündigen Welt mit den Maßstäben einer idealistischen Moral messen will.» (Seite 122.)

Der letzte Satz dieses Zitates — Exempel protestantisch verkleideter Gottlosigkeit, wenn man so sagen will — ist ganz besonders aufschlußreich. Deutlich wird hier einer moralischen Beurteilung der politischen Vorgänge der Abschied gegeben. Es kommt nicht darauf an, ob ein Politiker oder eine politische Richtung Gutes oder Schlechtes tun; entscheidend in der Frage nach der Göttlichkeit politischen Waltens ist der Erfolg, argumentiert Asmussen, dem in Treysa, in der neuen Kirche der Wurm und Niemöller auch wiederum ein hohes kirchliches Amt gegeben wurde; hat ein Verbrecher nur Erfolg, so ist schon Gott mit ihm im Bund!

Eine solche Einstellung ist das Ergebnis all der orthodoxen Theologie, welche an die Stelle der Gebote Christi Dogmen und Bekenntnisformeln setzt. Auch in der Diskussion über Niemöller ist uns das immer wieder entgegnetreten. «Gewiß ist Niemöller kein Heiliger», hielt man uns entgegen, «aber er hat doch...». Beispielsweise weist Hans Martin Stückelberger (Seite 5) eine solche Wendung auf, wo er sagt, es gehe ihm in seiner Schrift für Niemöller nicht in erster Linie um die Person des Bekenntnis Pfarrers; «denn ob ein sündiger Mensch bei seinen ungezählten Mängeln noch einen mehr aufweist oder nicht, das ist für die Kirche nie so entscheidend gewesen.» Damit werden alle Einwände gegenüber dem

Vorleben und der Politik Niemöllers von vorneherein aus dem Wege gewischt; «sie haben für uns gar keine Bedeutung», sagt der orthodoxe Theologe, dem es nur darauf ankommt, daß dieser Niemöller eine Rolle gespielt und seiner Kirche Macht verliehen hat.

Denn immer hat das «Bekenntnis» in der Geschichte der Konfessionen dann eine Rolle gespielt, wenn es darum ging, Macht zu erobern. Daß solches Tun unchristlich ist, weiß jeder, der das Neue Testament je gelesen hat. Die ganze Lehre Christi läuft kirchlichem Machtstreben — jedem Machtstreben — entgegen. Christus kommt es nicht darauf an, daß die Leute «Herr, Herr» sagen, das Beten an den Straßen ist ihm ein Greuel. Das Wort «Bekenntnis» findet sich in der Bibel überhaupt nicht, und das Wort «bekennen» nur an einer einzigen Stelle:

«Die Matthäusstelle lautet folgendermaßen: ‚Wer nun mich bekennet vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will auch ich verleugnen vor meinem himmlischen Vater.‘ Genauer noch wird man jedoch vielleicht übersetzen dürfen: ‚Wer sich zu mir bekennt‘ und ‚zu dem werde auch ich mich bekennen‘. Und damit ist klargelegt, worum es für Jesus geht: darum, daß die Jünger an seine Seite treten und seinen Kampf mit ihm kämpfen.» (Kuno Fiedler, «Bekennen und Bekenntnis», 1943.)

Der Kampf aber, zu dem Jesus seine Jünger auffordert, ist kein Kampf um die äußere Macht einer kirchlichen Organisation, sondern der Kampf um ein moralisches Betrachten der Welt, der Kampf um die Nächstenliebe und um ein sittlich-rechtliches Handeln.

Wenn man sich überlegt, daß Martin Niemöller, der im Dritten Reich als Führer der Bekenntniskirche seine große Rolle gespielt hat, das Kommen des Dritten Reiches mit vorbereitet hatte, und daß sein Name mit dem Wort «Bekenntnis» und «Bekenntniskirche» aufs engste verbunden ist, könnte es einem klar werden, daß überall dort, wo um «Bekenntnisse» gekämpft wird, die Sache Christi verraten wird. Niemöller bildet ein geradezu illustres Beispiel! Es kommt darum nicht so sehr darauf an, die einzelnen Worte in dieser oder jener Predigt, in diesem oder jenem Interview abzuwägen und zu disputieren, als am Schicksal Martin Niemöllers und seiner Freunde jene *große Linie* zu erkennen: den Versuch der Überwindung eines ethischen, alle Bezirke des Lebens in sich schließenden Christentums mit Hilfe einer aus Dogmen und äußeren Gebärden lebenden Kirche.

Kirchliche Bewegungen, welche dieser Linie folgen, entsprechen in ihrem Wesen dem Machtstaat. Einen demokratischen Kleinstaat würden sie sprengen. Der Kleinstaat lebt aus der geistigen Freiheit seiner Bürger, und er hat, wie Jacob Burckhardt sagt, nichts als diese Freiheit, die äußere Macht des Großstaates aufzuwiegen. Daß Niemöller und seine Sache in der Schweiz die Rolle spielen konnten, die sie in den letzten Jahren gespielt haben, ist eine bedenkliche Verirrung. Kirchliche Organisationen müssen im Kleinstaat wie sonst nirgends die geistige Freiheit ihrer Glieder achten und ihr ständig neuen Impuls geben. Da der Bewegung um die bekennende Kirche offener Widerstand nur selten ent-

gegengesetzt wurde, drängten sich diese Zeilen auf. Kennzeichnend ist es, daß die Richtung, die einen neuen Bekenntniszwang anstrebte, so starr auf die kirchliche Bewegung *Deutschlands* blickte. Die deutsche Katastrophe aber sollte doch zur Besinnung führen, hat sie doch, wie Niemöllers Rede in Treysa (28. August 1945) zeigt (vgl. Karl Barth, *Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches*, 1945), selbst bei Niemöller allerhand über den Haufen geworfen!

England und die Welt

Von Dr. B. K a u t s k y

1. Die Dreiteilung der Erde

Nach dem Sieg der Labour Party zerfällt die Erde in drei Machtsphären. Sowjetrußland beherrscht das große Kontinentalgebiet von Wladiwostok bis Magdeburg, die Vereinigten Staaten den amerikanischen Kontinent, den mittleren Pazifik, Japan und China und England übt auf den Rest der Welt einen mehr oder minder großen Einfluß aus. Der außenpolitischen Abgrenzung entspricht die innen- und wirtschaftspolitische Gestaltung. Sowjetrußland ist das Gebiet einer diktatorisch regierten und planmäßig gelenkten Staatswirtschaft, die Vereinigten Staaten repräsentieren das System des Monopolkapitalismus mit einem mehr oder minder demokratischen Regierungssystem und Großbritannien bietet das Bild einer Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus. Natürlich wäre es falsch, alle zu diesen drei Machtsphären gehörenden Gebiete über einen Kamm scheren zu wollen. Weder fehlt es hinter dem «eisernen Vorhang» der russischen Demarkationslinien an Opposition gegen die Diktatur und an Versuchen, eine bodenständige Demokratie aufzubauen, wie es das Beispiel der ungarischen Wahlen beweist, noch könnte man die ganze amerikanische Sphäre einfach zum parlamentarisch regierten Kapitalismus zählen — dagegen spricht das faschistische Argentinien einerseits, der kommunistische Teil Chinas andererseits — noch bietet gar der buntscheckige Rest der Welt, den man heute als britische Einflußzone bezeichnet, ein auch nur einigermaßen einheitliches Bild.

Vor den englischen Wahlen war die Situation wesentlich einfacher. Die öffentliche Meinung, die einfache Schlagworte liebt, fand sich mit der Formel ab: England und Amerika vertreten den Kapitalismus, Rußland den Sozialismus — so wie Hitler der Welt fünfzehn Jahre früher durchaus nicht ohne Erfolg einredete, es gebe nur die Wahl zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, und wie dann später die Erde zwischen faschistischen und demokratischen Staaten geteilt wurde. So wenig diese schematischen Abgrenzungen genügen — eines ist richtig: eine Regierung Churchill konnte sich mit den USA leichter verständigen als eine Regierung Attlee; der Tod Roosevelts erweiterte diese Kluft noch dadurch, daß mit dem Machtantritt Trumans die kapitalistisch-konservative Richtung in den Vereinigten Staaten verschärft wurde.